

Die 2. GIS-Ausbildungstagung am GFZ Potsdam am 11. und 12. Mai 2006

Auf Initiative der Kommission für Aus- und Weiterbildung im Deutschen Dachverband für Geoinformation (DDGI) findet im GeoForschungsZentrum Potsdam die 2. GIS-Ausbildungstagung statt. Mitveranstalter dieser Tagung sind die zuständigen Arbeitskreise der Deutschen Gesellschaften für Geographie, Kartographie, Photogrammetrie und Fernerkundung sowie des Deutschen Vereins für Vermessungswesen und des Verbands deutscher Vermessungsingenieure. Zusätzlich sind der Deutsche Dachverband für Geoinformation, der Österreichische Dachverband für Geographische Informationen, die Schweizerische Organisation für Geo-Information, das Kompetenzzentrum für Geoinformatik und das GeoForschungsZentrum selbst an der Veranstaltung mit beteiligt.

Ziel der Veranstaltung ist es, Aus- und Weiterbildungsthemen im Umfeld des Geoinformationswesens und der Geoinformatik fachübergreifend zu beraten und Erfahrungen auszutauschen. Dazu sollen

solche Themen wie Bachelor- und Masterstudiengänge, Akkreditierung, der praktische Einsatz von E-Learning-Materialien, die berufliche Weiterbildung mit GIS oder GIS an Schulen in Form von Vorträgen, Postern und Demonstrationen am Rechner behandelt werden. Die Veranstalter wollen damit den sich täglich zeigenden dynamischen Veränderungen in der Ausbildungslandschaft Rechnung tragen und Impulse für eine breite Diskussion zur Entwicklung neuer Ausbildungswege geben.

Die Kosten für die Tagung (einschließlich Tagungs-CD und Pausenversorgung) belaufen sich auf 35,- €. Für die Abendveranstaltung am 11. Mai sind zusätzlich 25,- € zu entrichten.

Bei Interesse und Rückfragen wendet man sich an die lokale Organisation. Sie liegt bei Dr. rer. nat. Joachim Wächter (Telefon 0331- 288-1681; E-Mail: wae@gfz-potsdam.de). Anmeldungen zur Tagung sind ebenfalls an diese Adresse zu richten.

(Dr. Eckhardt Seyfert, LGB)

Geografische Daten grenzüberschreitend nutzen

Erstes Deutsches Geoforum in Berlin

Als einen vollen Erfolg wertet der Deutsche Dachverband für Geoinformation (DDGI) das von ihm initiierte und von dem Dortmunder Center for Geoinformation (CeGi) GmbH organisierte erste Geoforum in den Räumen der Hamburger Landesvertretung in Berlin. Vor rund 150 Teilnehmern präsentierten Referenten aus zahlreichen Kommunen, welche

entscheidende Rolle geografische Daten für die Dienstleistungen von Städten und Gemeinden spielen. Auch Vertreter von Bundes- und Landesministerien sowie kommunaler Spitzenverbände unterstrichen die Bedeutung von Geodaten.

In einem kurzen Grußwort wies Hella Dunger-Löper, Staatssekretärin für Stadtentwicklung in Berlin, darauf hin, dass

das Land Berlin trotz nahezu leerer Kassen erhebliche Mittel in den Aufbau einer Geodateninfrastruktur (GDI) investiere. Man verspreche sich davon langfristig mehr Effizienz in Verwaltungsprozessen und bessere Dienstleistungen für Bürger und Wirtschaft, auch wenn jetzt kurzfristig Kosten entstehen. „Die Mittel für die GDI stehen uns nur durch Umschichtungen im Haushalt und Einsparungen an anderer Stelle zur Verfügung“, sagte Dunger-Löper. Dies zeige, dass die Politik um die Bedeutung geografischer Daten weiß und in deren bessere Verfügbarkeit investiere. In Berlin sei der Aufbau der GDI zudem Teil der länderübergreifenden Zusammenarbeit mit Brandenburg.

Dieser länderübergreifende Aspekt wurde im Laufe des Tages von verschiedenen Referenten aufgegriffen. Hagen Graeff, Geschäftsführer des Hamburger Landesbetriebs Geoinformation und Vermessung und in Personalunion Präsident des Deutschen Vereins für Vermessungswesen (DVW), gewährte einen Einblick in die Zusammenarbeit von Hamburg, Niedersachsen und Schleswig Holstein unter der Überschrift „Metropolregion Hamburg.“ Dabei verschwieg Graeff nicht die Schwierigkeiten, wenn es darum geht, öffentliche Geodaten aus verschiedenen Quellen im Rahmen einer GDI zusammen zu führen. Als Beispiel nannte er die in den Ländern unterschiedlichen, historisch gewachsenen Regeln, um etwa Naturschutzgebiete farblich zu markieren. „An diesen Stellen müssen sich immer alle Beteiligten bewegen.“

Ähnlichen Herausforderungen sehen sich Kommunen gegenüber, die über ihre eigenen Grenzen hinaus Planungen und

damit geografische Daten vernetzen wollen und zunehmend auch müssen. Beispiele interkommunaler Kooperation wurden auf dem Geoforum aus allen Teilen der Republik präsentiert. Projekte gibt es sowohl im ländlichen Raum wie Dr. Ulrich Huber vom Landratsamt Cham (Bayern) zeigte, wie auch im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main: Dr. Norbert Riether erläuterte hier Arbeitsweise und Bedeutung des Kartenservers des regionalen Planungsverbandes.

In einem Grundsatzreferat über Geoinformationen und ihre politische Bedeutung hatte schon zuvor Dagmar Hesse, Ministerialrätin am Bundesinnenministerium, für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen geworben und zahlreiche Aufgaben genannt, für die funktionierende Geodateninfrastrukturen auf allen Ebenen unabdingbar seien. Hesse hob die Stadtentwicklung hervor, die vor dem Hintergrund eines demografischen Wandels, kombiniert mit zunehmender Landflucht auf ganz unterschiedliche Weise gefordert ist. Als weitere Beispiele nannte sie den Bereich des Lärmschutzes, in dem europäische Richtlinien aktuell neue Aufgaben für die Kommunen bringen sowie das Feld der erneuerbaren Energien. Hier seien in den Planungsprozessen stets zahlreiche Interessen zu berücksichtigen, die sich nicht zuletzt in geografischen und raumbezogenen Daten aus unterschiedlichen Quellen niederschlagen.

Auch Michael Freytag als Hamburger Senator für Stadtentwicklung und Umwelt unterstrich die Bedeutung von Geodaten in komplexen Planungsprozessen und stellte ausführlich die Hamburger Hafen-City vor. Bei diesem Projekt sollen weite

Teile des Hafengebiets entlang der Elbe in zentraler Stadtlage als Wohn- und Büro- sowie Einkaufsviertel erschlossen werden. Herausragendes Aushängeschild des Vorhabens ist der Bau einer Philharmonie mit spektakulärer Dachkonstruktion auf dem Sockel eines historischen Lagergebäudes. Hamburg will sich nach den Worten Freytags damit in eine Reihe stellen mit weltbekannten Metropolen, wie beispielsweise Sidney, das nicht zuletzt aus der Hafen-Skyline mit seiner gewagten Architektur der Oper seit Jahrzehnten einen großen Image-Gewinn ziehen kann.

DDGI-Präsident Dr. Bodo Bernsdorf zog ein durchweg positives Fazit des ersten Deutschen Geoforums. Es sei gelungen, das Thema aus den Fachzirkeln hinaus, auf eine politische Ebene zu befördern. „Daran müssen wir als Dachverband weiter arbeiten, um die Bedeutung von Geodaten und Geodateninfrastrukturen noch stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und der politischen Entscheider in Bund, Ländern und Kommunen zu rücken.“

Nach Wunsch des DDGI-Vizepräsidenten Dr. Gerd Buziek soll sich das Geoforum als deutschlandweite Plattform für Vertreter aus Bund, Ländern, Kommunen und der Wirtschaft etablieren. „Anhand der zukünftigen regelmäßigen Fokussierung auf unterschiedliche fachliche Schwerpunkte stärken wir so den Geoinformationsstandort Deutschland, identifizieren Handlungsfelder und fördern damit die kontinuierliche Entwicklung unseres Fachgebiets. Darüber hinaus wird das Thema Geodaten und Geodateninfrastrukturen (GDI) auf Bundesebene und bei politischen Entscheidungsträgern bekannter gemacht“, so Buziek.

Künftig will der DDGI regelmäßig mit verschiedenen Schwerpunktthemen zum Deutschen Geoforum nach Berlin einladen. Ein Abschlusskommunique sowie sämtliche Vorträge der Referenten dieses ersten Geoforums stehen in Kürze auf den Internetseiten des DDGI unter www.ddgi.de zur Verfügung.

Erläuterungen:

GDI

Der Begriff Geodateninfrastruktur (GDI) bezeichnet eine Sammlung von Standards und Regeln, die es einem Anwender erlauben, digitale geographische Daten aus unterschiedlichen Quellen und von verschiedenen Internetservern lediglich mit Hilfe eines Internetbrowsers zu beziehen, darzustellen und zu verknüpfen. Beispielsweise erlaubt es eine funktionierende GDI, topographische Daten vom Server eines Landesvermessungsamts mit Flächennutzungsplänen verschiedener Kommunen zu kombinieren, die direkt von den Servern der Kommunen bezogen werden. Weitere beliebige Zusammenführungen von Daten aus unterschiedlichen Quellen sind denkbar. Eine GDI kann wie in dem skizzierten Beispiel öffentlich im Internet sein, sie kann aber auch nur einem beschränkten Nutzerkreis (Intranet) zur Verfügung stehen, etwa innerhalb einer Verwaltung, eines Zweckverbands oder auch nur innerhalb eines Unternehmens. Eine GDI setzt voraus, dass alle Datenbestände gemäß den Regeln der GDI vorliegen und über Metadaten recherchierbar sind.

DDGI e.V.

Der Deutsche Dachverband für Geoinformation e.V. (DDGI) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, Behörden und

wissenschaftlichen Einrichtungen sowie natürlichen Personen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, die Öffentlichkeit sowie politische Entscheider über die Bedeutung von Geoinformationen aufzuklären. Der DDGI fördert interdisziplinäre deutsche Interessen im Bereich Geoinformation, vertritt diese offiziell, regt den Aufbau und die Anwendung von Geoinformationen auf nationaler und internationaler Ebene an und koordiniert diese. Der Verband versteht sich als Treffpunkt und Technologie-Netzwerk für Forschung und Entwicklung, Lehre, behördliche Institutionen, den Handel, die Wirtschaft und Privatpersonen aus der Geoinformatikbranche.

CeGi GmbH

Die CeGi Center for Geoinformation GmbH mit Sitz in Dortmund ist eine spezialisierte Unternehmensberatung. Als Kommunikations- und Koordinierungsplattform tritt sie für die Entwicklung von innovativen Geoinformationsanwendungen in Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Hand ein. Sie ist vor allem in den Bereichen Aufbau von Geodateninfrastrukturen, Vermarktung von Geodaten und Geomarketing tätig und fungiert durch Veranstaltungen und eine kontinuierliche Pressearbeit vornehmlich als Verstärker in Richtung Öffentlichkeit.

(Christiane Hering, CeGi - Center for Geoinformation GmbH, Dortmund)

Neue Organisationsstruktur in der LGB seit dem 1.01.2006

Am 10. März 2005 wurde vom Präsidenten der LGB, Herrn Tilly, eine Arbeitsgruppe Organisation (AG Org) eingerichtet. Ziel war die Erarbeitung eigener Vorschläge und Anregungen für Strukturveränderungen in der LGB unter Würdigung der Arbeiten der Projektgruppe Strukturreform im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg. Seit dem 1.01.2006 hat die LGB eine neue Organisationsstruktur umgesetzt, deren gedankliche Entstehung und inhaltlicher Focus kurz skizziert werden sollen.

Die bisherige Aufbauorganisation der LGB ist historisch gewachsen. Zuständigkeiten und Verantwortung waren klar parzelliert und hierarchisch ausgerichtet. Die Vorteile einer solchen Struktur lagen auf der Hand: abgegrenzte Aufgabenge-

biete und eindeutige Verantwortlichkeiten. Allerdings reichen tief verschachtelte Aufbauorganisationen heute nicht mehr aus, um die Anforderungen aus Gesetz und Wirtschaft zu erfüllen, denn sie sind sehr unflexibel, weil sich jeder nur mit den Aufgaben in seinem Verantwortungsbereich beschäftigt. Heute wachsen geodätische, geotopographische und kartographische Aufgaben unter der Integration von DV-Entwicklungen und der Tendenz zur „kundenorientierten“ Vermarktung immer mehr zusammen. Diese Verschmelzung führt dazu, dass Technologien mehr und mehr untereinander abgestimmt werden müssen und ihren Höhepunkt im neuen 3A-Informationssystem erreichen werden.

Folgende Grundgedanken bildeten unter Berücksichtigung der aktuellen Gegeben-